

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ruhrdebatte in Brüssel.

Brüssel, 13. Juni. (CP.) Im Verlaufe der Diskussion der Kammer über das Budget der äußeren Angelegenheiten hielt

Abg. Vandervoelde (Soz.)

Aber die Ruhrfrage eine Rede, in der er erklärte, daß die interalliierte Aussprache auch dann fortgesetzt werden könnte, wenn Deutschland den passiven Widerstand nicht aufgeben wolle. Es sei der Ruhrbevölkerung ebenso schwierig, den passiven Widerstand aufzugeben, wie es der belgischen Bevölkerung während des Krieges schwer gefallen sei, den Widerstand gegen die deutsche Besetzung aufzugeben. Dieser Vergleich wurde von der Rechten mit Protest aufgenommen.

Nach dem Eco-Bericht hätte Vandervoelde ausgeführt: Belgien müsse seinen beiden großen Freunden die Treue halten, nämlich Frankreich und Großbritannien. Er, Vandervoelde, sei davon überzeugt, daß die französisch-belgische Übereinstimmung durch eine Allianz mit Großbritannien vervollständigt werden müsse. Zur Reparationsfrage meinte Vandervoelde, es sei nötig, daß die von Deutschland zu zahlende Summe ein für allemal festgelegt werde. Die Sozialdemokratische Partei sei bereits vor Unterzeichnung des Versailler Vertrages dieser Ansicht gewesen. Man habe aber, nachdem man von 300 Milliarden gesprochen habe, nach und nach die deutsche Schuld bis auf 50 Milliarden herabgesetzt, und die öffentliche Meinung stoße sich immer mehr an diesem Vorgehen. Es sei jetzt vor allen Dingen wichtig, aus der gegenwärtigen Lage herauszukommen. Gewiß sei die erste von der deutschen Regierung geforderte Note unannehmbar. Jedoch sei es bedauerlich, daß Frankreich und Belgien nicht mit England gemeinsam eine Antwort ausgearbeitet hätten. Im übrigen würde (vielleicht „wolle“ Red.) man so lange an der Ruhr bleiben, bis Deutschland alles bezahlt habe. Die Ruhrbesetzung habe aber den Sturz der Welt beschleunigt und die deutschen Kleinbürger ruiniert. Man müsse sich hüten, denn Europa sei verantwortlich dafür und eine

Zerschlagung Deutschlands würde die Welt vernichten.

Vandervoelde fügte hinzu, daß seine Partei geneigt sei, alle Unterhandlungen zu erleichtern, die den Zweck hätten, einen genauen Reparationsplan auszuarbeiten, der die Unterstützung aller Alliierten habe.

Außenminister Jaspar

bezeichnete Vandervoeldes Rede erregt als defaciet und führte weiter aus, daß die Regierung die Notwendigkeit anerkenne, die Solidarität unter den europäischen Völkern wieder herzustellen. Es sei aber keine Solidarität möglich, wenn der Schuldner seinen Verpflichtungen nicht nachkomme. Vandervoelde habe versucht, den Glauben aufkommen zu lassen, als ob zwei Deutschland bestünden, ein reaktionäres und ein demokratisches Deutschland. Er seinerseits glaube den sozialistischen Ausführungen nicht, ebenso wenig den Erklärungen Cunos. Es gäbe nicht zwei Deutschland. Er kenne nur das Deutschland, das im Jahre 1914 Belgien besetzt und im Jahre 1919 den Versailler Vertrag unterzeichnet habe, das aber gleichzeitig seit dem Waffenstillstand Verletzungen über Verletzungen gegen den Vertrag gehäuft habe. Belgien habe zahlreiche Beispiele der Wähigung, der Verschönerung und der Gebuld gegeben. Nie aber habe man von deutscher Seite auf Belgiens gute Absichten geantwortet. Im Ruhrgebiet arbeite die Belgier mit den Franzosen zusammen und würden dort bleiben. Belgien habe gegen das deutsche Proletariat keinerlei Groll. Es wolle aber, daß dieses Proletariat auf die Großindustriellen einen Druck ausübe; das Vermögen dieser Industriellen nehme gegenwärtig immer mehr zu, und zwar auf Kosten der Reparation und des deutschen Volkes. Belgien müsse es ablehnen, mit Deutschland zu unterhandeln, solange der passive Widerstand nicht aufgehoben sei. Belgien behaupte, daß England sich seit Januar von Frankreich und Belgien abgewendet habe. Dieser Umstand aber habe die belgische Regierung nicht veranlaßt, ihre Politik zu ändern. Sie hoffe, daß der Bruch mit England

nur von beschränkter Dauer sein werde. Das bedeute, daß Belgien jede Gelegenheit ergreife, um sich seinen englischen Freunden zu nähern. Die deutschen Vorschläge seien ebenso unannehmbar wie die ersten, obwohl sie mehr Garantien enthielten. Die belgische Regierung finde die vorgeschlagene Zahl ungenügend. Belgien wüßte eine Kollektionnote der Alliierten auf die deutschen Vorschläge, es werde alle möglichen Anstrengungen machen, um die alliierte Einheitsfront wiederherzustellen. Zu diesem Zwecke habe es in Paris, London und Rom den belgischen Reparationsplan mitgeteilt. Belgien halte sich an die im Januar festgelegte Reparationspolitik. Es werde sie nicht aufgeben, weil diese Politik für seine Existenz unentbehrlich erscheine.

Es ist natürlich ganz unmöglich, daß Genosse Vandervoelde gesagt haben könnte, man würde an der Ruhr bleiben, bis Deutschland alles bezahlt hat. Eine solche Neuerung steht mit seinen von bekannten Anschauungen im Widerspruch.

Herrn Jaspar ist zuzubilligen, daß er mit ganz außerordentlich schwierigen Verhältnissen zu rechnen hat. Das kleine Belgien ist von dem großen Frankreich, ob es wolle oder nicht, in das Ruhrabenteuer mit hineingerissen worden. Es bemüht sich jetzt, wieder die Brücken zu England zu schlagen, ohne zu Frankreich in Gegensatz zu geraten. Der belgische Außenminister bemüht sich daher, sich auf einem Boden zu bewegen, der den beiden Großmächten gemeinsam ist. Dabei ist er zu der unglücklichen Formel gekommen, mit der er gewissermaßen die Bundesgenossenschaft des deutschen Proletariats mit den Auslandsregierungen gegen die deutschen Großindustriellen verlangt. Es braucht nicht näher ausgeführt zu werden, daß dies eine ganz unsinnige Zumutung ist, wie Herr Jaspar selber weiß, denn gar zu ernst wird er diese seine eigene Redefloskel nicht nehmen.

Wenn aber Herr Jaspar die Aufgabe des passiven Widerstandes verlangt, so hätte er wohl die Pflicht, etwas genauer zu erklären, was er darunter versteht. Wir verstehen darunter die Weigerung der Bevölkerung, sich einem militärischen Terror zu fügen und unter Bojotten zu ar-

beiten. In belgischen und französischen Blättern dagegen scheint es so, als ob der passive Widerstand gleichbedeutend sei mit Bränden, Sprengungen und Angriffen auf die Besatzungstruppen.

Vielleicht ist aber Herr Jaspar absichtlich bei der alten, vieldeutigen Formel stehen geblieben, weil er das weitere zukünftigen Erörterungen überlassen will.

Noch kein britischer Kabinettsbeschluss.

Die falsche Havasmeldung.

Paris, 13. Juni. (W.Z.) Die gestrige Havasmeldung, daß bis zum Nachmittag eine Befestigung der von ihr verbreiteten Nachricht, die englische Regierung habe es abgelehnt, in einer gemeinsamen Note die Einstellung des passiven Widerstandes von Deutschland zu verlangen, nicht vorliege, wurde am späten Abend durch eine weitere Havasmeldung ergänzt, wonach das Foreign Office erklärte, daß die am 12. Juni von der französischen und englischen Presse verbreiteten Nachrichten über die Beratungen des englischen Kabinetts betreffend die Reparationsfrage nicht der Wahrheit entsprächen. Das britische Kabinet habe noch keine Entscheidung getroffen. Nach dem „Petit Parisien“ ist die Lage folgende: Die englische Regierung scheint sehr zu wünschen, ihren Alliierten nichts zu antworten, was die Tür für spätere Verhandlungen schließen könnte. Andererseits erklärte sie es aber nicht für möglich, daß sie ohne Diskussion den von der französischen Regierung entworfenen Grundrissen zustimme. Man wisse, daß der von Frankreich ausgesprochene Wille sei, keine interalliierten Verhandlungen über die Reparationsfrage zu führen, wenn nicht vorher England sich bemühe, den passiven Widerstand Deutschlands einzustellen zu lassen. Andererseits habe die sehr umfangreiche Note Frankreichs festgesetzt, es genüge nicht, daß Deutschland die gegen die Alliierten seit der Ruhrbesetzung erlassenen Verordnungen zurücknehme, es sei auch notwendig, daß Deutschland sich allen von den Alliierten getroffenen Maßnahmen beuge und daß es sich zur Ausbeutung der wirtschaftlichen Pfänder hergebe, die in dem französischen Memorandum vom 2. Januar aufgeführt seien. Mit einem Wort, Frankreich verlange, daß der passive Widerstand eingestellt werde durch eine positive Mitarbeit gemäß einem Plane, den England noch nicht genehmigt habe. Es scheint, daß man in London, bevor man sich festlegen wolle, eine Verhandlung nicht nur über die verschiedenen Einzelfragen, sondern über alle Fragen, die mit der Reparationsfrage in Verbindung stehen, mit Frankreich eröffnen wolle. Da die belgische Regierung in London gemäß den in Brüssel getroffenen Beschlüssen ihre eigenen Gedanken über dieses Problem zur Kenntnis gebracht habe, wäre es nicht überraschend, wenn man englischerseits vorschlagen würde, diese belgischen Dokumente als Ausgangspunkt eines Meinungsaustausches zu nehmen. In London werde also eine wichtige Anstrengung gemacht, um zwischen den noch sehr weit voneinander entfernten Standpunkten der drei Regierungen ein Terrain der Begegnung auf halbem Wege zu finden.

Englands Bemühungen.

Londoner und Pariser Meldungen stimmen darin überein, daß das britische Kabinet sich bemühe, ein Kompromiß zu finden. Stanley Baldwin bemühe sich, die Antwort der Alliierten auf die deutsche Reparationsnote gemeinsam ergehen zu lassen. Er lasse sich Zeit, um eine vorschnelle Erörterung zwischen Frankreich und Großbritannien zu vermeiden, zumal dies zum Bruch der Entente führen könnte. Nach dem „Matin“ hoffe man aber, aus der Sackgasse herauszukommen durch einen „Gottesfrieden“ im Ruhrgebiet auf folgender Grundlage: Falls die französische Regierung zustimme, den Charakter der Besetzung etwas abzuändern, und zwar dahingehend, daß sie zwar aufrechterhalten würde, aber, wie es auch anfänglich geplant war, in „unsichtbarer Weise“, dann würde sich die englische Regierung bei der Reichsregierung dafür einsetzen, daß der passive Widerstand aufhört und daß die französische Besetzung als eine Kontrolle der Alliierten der im Versailler Vertrage vorgesehenen Reparationsbestimmungen hingenommen werde.

Panikartige Marktsucht.

Die Berliner Börse stand heute im Zeichen einer panikartigen Marktsucht. Der hartnäckige Widerstand Poincarés gegenüber allen Versuchen einer Entwirrung des Reparationsproblems sowie die blutigen Zwischenfälle im Ruhrgebiet schufen eine Atmosphäre ernstester Beunruhigung und Sorge. Am Devisenmarkt riesen Bedarfs- und Spekulationskäufe scharfe Steigerungen hervor, da im Inlande ein Devisenangebot kaum noch besteht und die deutsche Mark seit einigen Tagen an den ausländischen Märkten nahezu unvertäuflich geworden ist. Der Dollar, der vormittags mit 90 000 bis 93 000 gehandelt wurde, stieg im offiziellen Verkehr bis 1 Uhr auf 99 000.

Am Effektenmarkt setzte gleichzeitig mit dieser Devisenhausse eine fürmische Nachfrage nach Werten aller Art ein. Am lebhaftesten begehrt waren die sogenannten billigen Papiere, d. h. solche, mit Kursen unter 100 000 Prozent. Die schweren Montanpapiere fanden jedoch ebenfalls größtenteils zu erhöhten Kursen billige Käufer. Die Feststellung der amtlichen Notierung begegnete bei dem allgemeinen Ansturm großen Schwierigkeiten. Man sah jedoch nach Möglichkeit davon ab, die Bewegung durch Reparierungen aufzuhalten.

Wirkungen der Teuerung.

Die anhaltende Steigerung der wichtigsten Lebensmittelpreise zwingt zu raschen und großzügigen Entschlüssen, will man die Gefahren, die dem Volksgegnen aus der Not und Erbitterung immer breiterer Volkskreise erwachsen, bannen. Es kann gar keine Rede davon sein, daß die Unruhen, die hier und da aufflammten, lediglich aus einer willkürlichen Hege hervorgegangen sind. Denen, die das doch immer wieder behaupten, braucht man nur entgegenzuhalten, daß die Arbeiterschaft im letzten Jahre gegenüber den Parolen umsturzfreudiger Fanatiker es verstanden hat, den Gedanken des organisierten politischen, parlamentarischen und gewerkschaftlichen Kampfes in steigendem Maße durchzusetzen. Das war nicht immer leicht. Man denke nur an die ungeheuren Opfer, die der Arbeiterschaft durch den Ruhrkampf auferlegt worden sind und die sich in den Arbeitslosenziffern von Ende April am klarsten spiegeln. Damals waren 7 Proz., also jeder vierzehnte Arbeiter arbeitslos. Ganz bedeutend größer aber war der Anteil der Kurzarbeiter, die durch die Abschaffung herbeigeführt war. Nicht weniger als 28,5 Proz. der organisierten Arbeiter wurden durch Betriebseinschränkungen daran gehindert, ihre Arbeitskraft voll auszumengen. Rechnet man Kurzarbeiter und Arbeitslose zusammen, so ergibt sich, daß gegen Ende April kaum jeder dritte Arbeiter voll beschäftigt war, also in den vollen Genuß seines Tariflohnes gelangte.

Diese Zahlen erklären zugleich, warum die neue Teuerungswelle psychologisch die tiefe Wirkung ausübt, die sich jetzt in einer täglich wachsenden Erregung äußert. Zu lange und zu sehr war die Kaufkraft des Lohnes geschwächt, zu lange selbst der nominelle Lohn durch Arbeitseinschränkungen gekürzt. Millionen von Volksgenossen, die ihre Not in der Zeit eines stabilen Dollarkurses stumm trugen, sehen sich jetzt der letzten Hoffnung beraubt, auch nur in absehbarer Zeit eine Besserung ihrer Lebenshaltung zu erreichen. Im Gegenteil, die Lage hat sich allgemein noch wesentlich verschlimmert. Wo früher der tägliche Arbeitsverdienst kaum ausreichte, um den dringenden Lebensbedarf zu decken, ist jetzt infolge der neuen Preiswelle Hunderttausenden von Familien die Möglichkeit genommen, auch nur die Kosten einer auf das Mindestmaß eingeschränkten Nahrung aus dem Arbeitslohn zu bestreiten. Die Preise steigen derart rapide, daß selbst auf wenige Wochen abgeschlossene Tarifverträge schon einige Tage nach ihrem Abschluß von der Teuerung längst überholt sind und daß die Zahl derer immer größer wird, die ebenso an dem Wert ihrer Arbeit wie an dem Wert ihrer Organisation zu zweifeln und verzweifeln beginnen.

Wenn hier von den Arbeitern die Rede ist, weil ihre Notlage schon wegen des großen Anteils der Arbeiterschaft an der Gesamtbevölkerung am meisten in die Augen springt, so ist damit keineswegs gesagt, daß es nicht Kreise gibt, denen es noch schlechter geht. Die auf öffentliche Unterstützung angewiesenen Erwerbsunfähigen, die Invaliden und Sozialrentner trifft die Teuerung noch sehr viel schwerer. Darum hat die Sozialdemokratie auch immer mit besonderem Nachdruck betont, daß diese Kreise der Hilfe bedürfen, daß die Volksgemeinschaft sie ihnen schuldet. Je mehr aber die Arbeiterschaft, die ja zugleich auch die wichtigste Trägerin der Steuern ist, selbst im Elend versinkt, desto mehr schwindet auch die Aussicht, daß den Hilfsbedürftigsten aus öffentlichen Mitteln geholfen werden kann.

So weit hat sich schon die Notlage entwickelt, daß jede Diskussion über Wege, die auf die Dauer aus dem Elend führen, zurückgestellt werden muß vor der brennenderen Frage, was sofort geschehen muß, um schlimmeres Unheil zu vermeiden. Die Löhne müssen beschleunigt und in großem Maße erhöht werden. Hat man es verstanden, der Tendenz zu Goldpreisen in der Wirtschaft immer weiteren Spielraum zu lassen, so muß man auch daraus den Schluß ziehen, daß die Konjunktur der breiten Massen tragfähig gemacht wird für die emporschnellenden Preise der Lebensmittel und Bedarfswaren. Das ist bisher nicht geschehen. Die Spanne zwischen Preisen und Löhnen ist in einem Maße gestiegen, daß endlich einmal der Versuch gemacht werden muß, sie mit einem energischen Ruck zu überbrücken. Andernfalls darf man sich über die sozialen Krisenerscheinungen nicht wundern. Zunächst kommt es darauf an, den Massen wenigstens so viel Kaufkraft in die Hand zu geben, daß sie ihre nackte Existenz fristen können. Die Fragen, die darüber hinaus einer Lösung zudrängen, z. B. wie in Zukunft das Sinken des Reallohnes bei einer derart rapiden Steigerung des Dollarkurses und der Warenpreise verhindert werden soll, bedürfen fraglos tatkräftiger werden, um der gegenwärtigen Not zu steuern.

Wenn je, so hat sich jetzt die Behauptung der Unternehmer überlebt, daß steigende Löhne zu einer Steigerung der Warenpreise führen müssen. Wäre das richtig, so hätte das Preisniveau in der letzten Zeit nicht diese krampfartigen Veränderungen aufweisen müssen, die es tatsächlich gezeigt hat. Denn die Löhne sind viel weniger gestiegen als die Warenpreise, und die Differenz wird keineswegs dadurch erklärt, daß wir in hohem Maße von dem Bezug ausländischer Rohstoffe abhängig sind, die sich automatisch dem Dollarkurs anpassen. Die Beratungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorgänge am Devisenmarkt, die das Bürgerturn so gern zu vertuschen sucht, haben immerhin die eine positive Tatsache ergeben, daß selbst vor richtigste Schätzungen des Devisenbestandes der deutschen Wirtschaft den Schluß zulassen, daß mehr als anderthalb Milliarden Goldmark an fremden Zahlungsmitteln und Guthaben im

Auslande in den letzten Jahren aufgeschwemmt wurden. Gerade weil diese Guthaben zu einem erheblichen Teil aus dem Export stammen, handelt es sich nicht nur um Beträge, die zur Kapitalflucht ins Ausland geschafft, also dem vorhandenen deutschen Volkvermögen entnommen worden sind, sondern um Ueberflüsse der Produktion über den Verbrauch.

Wem gehören diese Goldguthaben? Ausschließlich den Unternehmern. Es ist geradezu zur Selbstverständlichkeit geworden, daß man derartige Ueberflüsse in die Produktionskosten der Unternehmungen einrechnet und daß man um ihre Höhe den Lohn der Arbeiterschaft schmälert. Dieses Prinzip, daß sich die Reichen an den Armen noch mehr bereichern, muß gebrochen werden. Diese Frage, die zugleich in das Gebiet der Steuerpolitik, der Währungs- und der Lohnpolitik gehört, wird immer brennender. Es ist aber nichts mehr als eine gerechte Forderung, daß man nun einmal für eine Weile aufhört, an derartige Ueberflüsse zu denken und zunächst einmal die Gefahr bannet, daß mit der wachsenden Unzufriedenheit die Quelle aller dieser Ueberflüsse, die deutsche Produktion, verstopft wird. Dann aber müssen die Löhne hinauf und es darf kein Zögern mehr geben!

Die Münchener Schlageterfeier.

Von der Münchener Feier für Schlageter liegt jetzt ein ausführlicher Bericht des „Völkischen Beobachters“ vor, der nicht ohne Interesse ist. Die erste Rede hielt Stadtpfarrer Koch; sie scheint sich noch in möglichen Grenzen bewegt zu haben. Immerhin stellte sich dieser katholische Geistliche in eine Reihe mit dem folgenden Redner Oberstleutnant a. D. Knebel, der u. a. ausführte:

Es kommt der Tag, wo wir uns fürchtbar rächen werden! An Frankreich wie an den Verrätern im eigenen Lande. Heute sind es erst Hunderttausende, bald werden es Millionen sein, die nach der Tat schreien im Sinne der Worte Kleists: Schlagt sie tot! Das Weltgericht fragt euch nach den Gründen nicht!

Einen, wie der „Völkische Beobachter“ mit Recht sagt „würdigen“, nämlich ihres sonstigen Verlaufs durchaus würdigen Abschluß fand die Feier in einem Gedächtnisgottesdienst in der St. Bonifacius-Kirche. Dort hielt der Abt Schachleitner eine Predigt, in der er sagte:

Über wass die jegige Zeit über unser armes Vaterland gebracht habe, sei nichts anderes als der Fluch der verbrecherischen zum Himmel schreienden Revolution, sei die Folge der Untaten jener, welche durch ihre vaterlandslose Gesinnung unserer Zusammenbruch verschuldet hätten.

Der Weg sei die Rückkehr zum wahren Glauben, Trennung und Loslösung von all denen, die in verbrecherischer Weise das unglückliche Kriegsende begünstigt und befördert, die Revolution herbeigeführt, unser siegreiches Heer von hinten erdolcht und somit das ganze Unglück und die ganze Not der Gegenwart verschuldet hätten.

Bei alledem hat der „Völkische Beobachter“ noch die Frechheit, sich darüber zu beschweren, daß die bayerische Regierung und die Reichswehr (!!) keine offiziellen Vertreter geschickt hätten. Ludendorff, Böhner und Koch waren natürlich zugegen.

Stellen wir fest: Unter Patronanz einer hohen Geistlichkeit wird zum allgemeinen Löffel der Franzosen und der „Verräter im eigenen Lande“ aufgefördert, und man beschwert sich noch über das Fernbleiben der amtlichen Stellen. München!

Sächsische Landtagsdebatte.

Dresden, den 12. Juni. (Ill.) In der heutigen Sitzung des sächsischen Landtages führte Ministerpräsident Dr. Zeigner in Beantwortung mehrerer Anfragen aus, die sächsische Regierung habe kein Recht, sich in die Auftragsangelegenheiten einzumischen. Was die Unruhen in Dresden anlangt, so sei es Tatsache, daß zwei Mann mit Ausweisen des Reichskommissars für öffentliche Ordnung aufgetreten sind. Der eine, Regierungskommissar Dillinger, befand sich hier auf Urlaub. Er sei nicht in der Absicht nach Dresden gekommen, sich putschistisch zu betätigen.

Der andere, der höhere Unteroffizier Krull sei, wie der Reichskommissar für öffentliche Ordnung erklärt habe, nicht mit einem Ausweis nach Dresden gekommen. Zur Konzentration außerhalb sächsischer Truppenteile der Reichswehr in Königsbrunn erklärte der Ministerpräsident, am 23. Mai hätten zwischen dem Minister Liebmann, ihm, dem Reichswehrminister Gehler und dem Landeskommandanten Müller Verhandlungen stattgefunden. Alle Differenzpunkte, die zwischen der Landesregierung und dem Reichswehrminister bestanden, seien besprochen worden und hätten durch ein weitgehendes Entgegenkommen des Reichswehrministers ihre Lösung gefunden. Das Zusammenziehen von Truppenteilen seit mehreren Monaten vorgeesehen gewesen. Von der Reichsregierung sei nicht versucht worden, die Selbständigkeit der sächsischen Regierung anzuzweifeln. Minister des Innern Liebmann erklärte auf verschiedene Anfragen, die Schuld an den Unruhen trage die Politik, die von den besitzenden Klassen im Reich gemacht werde. Diese Leute könnten froh sein, daß die Ernte von dem, was sie gesät hätten, nicht schlimmer ausfalle.

Die Blutschuld der Kommunisten.

In der gleichen Sitzung des Landtages griff der Genosse Müller die Kommunisten wegen der blutigen Vorgänge in Leipzig heftig an. Die „Leipziger Volkszeitung“ gab in diesen Tagen eine eingehende Darstellung der Ursachen und des Verlaufs der Zusammenstöße, die zu so bedauerlichen Opfern geführt haben. Die Darstellung unseres Leipziger Bruderkollegen ist die beste Widerlegung der kommunistischen Hege gegen den sozialdemokratischen Parteipräsidenten Fleißner. Die „Volkszeitung“ weist zunächst auf die besondere Rolle des bekannten Heinrich „Schubert“ hin, der als Leiter der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ die gemäßigtere Richtung der Kommunisten in den Hintergrund drängte und ganz systematisch auf „stärkere Aktivität“ hinarbeitete. An der Hand von zahllosen Zeugenaussagen weist die „Volkszeitung“ nach, daß Kommunisten schon beim Aufmarsch zu der Demonstration vom 6. Juni ihre eigenen Wege gingen und es auf Zusammenstöße offenbar angelegt hatten. So beobachtete ein Zeuge, „daß die Kommunisten sich nicht auf den Augustusplatz begaben, sondern sofort nach der Grimmaischen Straße zogen“ (wo die Zusammenstöße erfolgten. Die Red.). Gegen die sozialdemokratischen Ordner wurde planmäßig gehetzt, die Entfernung ihrer roten Binden verlangt, einzelne Mitglieder des Ordnungsdienstes von kommunistischen Teilnehmern unter Anführung bekannter kommunistischer Funktionäre aufs schwerste tätlich angegriffen, und überhaupt alles getan, um es zu Reibungen mit der Sicherheitspolizei kommen zu lassen. Die „Volkszeitung“ schließt aus den Zeugenaussagen:

„Daraus geht mit aller Klarheit hervor, wie die Kommunisten bestrebt waren, einen gewalttätigen Zusammenstoß zu provozieren. Wie es ihnen galt, den Kampf mit den Polizeimannschaften aufzunehmen, dies bezeugen bereits Vorgänge während des Aufmarsches des Nordens. Auch sonst wurde dem Eingreifen des Ordnungsdienstes jedes Hindernis in den Weg gelegt.“

Um so verlogener ist die kommunistische Agitation, die aus den Leipziger Zusammenstößen den einzigen Schluß zieht, daß der sozialdemokratische Parteipräsident entfernt und die Schutzpolizei überhaupt beseitigt werden muß, an deren Stelle ihre putschistischen Hundertschaften zu treten hätten. Geht die Rede dahin, dann ist der Konflikt mit den Kommunisten natürlich unvermeidlich, den auf den Weg des Putschismus wird sich die sächsische Arbeiterschaft unter keinen Umständen drängen lassen.

Kaution für den Sichtvermerk.

Für die allermeisten Reichsdeutschen ist es zwar ziemlich gleichgültig, wie man ins Ausland kommt, denn wir sind heute neben Sowjetrußland der Staat mit dem geringwertigsten Geld und müssen uns Auslandsreisen verkneifen — es sei denn die Auswanderung auf Rimmerweideler. Immerhin gibt es noch genug Reichsbürger, die beruflich ins Ausland reisen müssen, und diese wissen ja, daß sie in ihrem gültigen Paß das deutsche Ausreise- und das fremde Einreisevisum haben müssen, wofür letzteres gewöhnlich ein schönes Stück Geld kostet. Darüber hinaus verlangen jetzt die polnischen Konsulate von Reichsdeutschen vor Erteilung der Einreiseerlaubnis

die Hinterlegung einer Kaution von einer Million Polensmark, und zwar nur in polnischer Währung, nicht etwa im deutschen Gegenwert.

Diese Forderung hat bei den Betroffenen große Entrüstung hervorgerufen. Man muß aber gerechterweise anerkennen, daß diese Kautionen zuerst von den deutschen Konsulaten in Polen für die Einreiseerlaubnis nach Deutschland gefordert worden sind — zwar nicht ausnahmslos, aber in sehr vielen Fällen. Diese Kaution soll den Zweck haben, die pünktliche Beobachtung der in dem Sichtvermerk enthaltenen Aufenthaltsfrist zu erzwingen, und es ist auch wiederholt schon, selbst bei geringen Fristüberschreitungen, neben der verfallenen Polizeistrafe der Verlust der Kaution ausgesprochen worden. Polen hat, wie man uns versichert, sich vergebens bemüht, Deutschland zur Aufhebung dieses Systems zu bewegen und hat schließlich zu der erwähnten Reprise gegriffen.

Hoffentlich führen die Dresdener deutsch-polnischen Verhandlungen auch auf diesem Gebiet zu einer Milderung dieses Krieges, der auf dem Rücken der zu Reisen Gezwungenen ausgefochten wird. Mit der Tschechoslowakei ist man ja, allerdings erst nach ihren Verteilungsausscheidungen, zu einer Regelung gekommen.

Die Not der Kinderfürsorge.

Nach zuverlässigen Statistiken sind seit Kriegsende 15 Prozent der Krippen und 40 Proz. der Kinderheime in Deutschland geschlossen worden; fast überall aus Mangel an finanziellen Hilfsmitteln. Einzelne Städte zeigen ein noch traurigeres Bild. So mußten in Berlin 75 Proz. der Krippen, 35 Proz. der Kinderheime, 30 Proz. der Horte und 38 Proz. der Säuglings- und Kinderheime geschlossen werden. Dazu kommt, daß eine immer größere Anzahl von Pflegeeltern die Annahme von Pflegekindern aufgeben, weil die Kosten des Unterhalts vom Pflegegeld nicht mehr bestritten werden können.

Die noch bestehenden Heime befinden sich in großer Not. Fast nirgends konnten die Pflegefälle mit den Unterhaltungskosten der Anstalten in Übereinstimmung gebracht werden, weil die Eltern- und Armenverbände, die für das Kind aufzukommen hatten, selber in Notlage sind. Die Kosten für Ernährung und Kleidung von Kindern im Verhältnis zum Einkommen ungeheuer gestiegen. Allein die

Milch für drei Kinder beansprucht 20 bis 30 Proz. des Einkommens eines Arbeiters oder unteren Beamten. Eine Garnitur Wäsche für einen Säugling verfährt bis zu 10 Proz. der genannten Einkommen. Die Kosten für eine Anstalt mit 333 Pflegefällen in Berlin betragen bereits im Februar d. J. etwa 300 000 M. täglich, 7 bis 9 Millionen Mark monatlich. Der heutige Monatsetat dieser Anstalt beziffert sich ungefähr auf das Doppelte des gesamten Jahresetats von 1922! Bei vielen Anstalten geht das Defizit bereits hoch in die Millionen. Infolgedessen sehen sie sich zum größten Teil

gezwungen, die Verpflegung zu verschlechtern, die Wäsche seltener zu wechseln und, da Anschaffungen nicht möglich sind, ein Bett mit je zwei Kindern zu belegen. Neben den Krippen und Heimen sind auch eine große Zahl von Jugendwohlfahrtsvereinen aus finanzieller Not aufgelöst worden.

Wenn auch hilfswillige Kreise in den verschiedensten Ländern in höchst dankenswerter Weise sich der Not der deutschen Kinder annehmen und noch annehmen, so ist doch ein Ende des deutschen Kinderelends nicht abzusehen, bevor nicht an die Stelle der jetzigen allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit, an die Stelle des „Krieges gegen die Kinder“ endlich ein wahrer Frieden getreten ist.

Die Anti-Deutschen-Gesetze, die während des Krieges in den Vereinigten Staaten erlassen wurden, sind nunmehr vom amerikanischen Obersten Gerichtshof für ungültig erklärt worden. Kein Staat hat mehr das Recht, den Unterricht in deutscher Sprache zu verbieten. Die Staaten Nebraska, Iowa und Ohio haben diese Entscheidung herbeigeführt, indem sie die Anfrage stellten, ob es verfassungsmäßiges Recht sei, Kindern deutschen Unterricht zu erteilen.

Jeden Sonntag wird Marty gewählt, am 10. Juni erhielt der Verurteilte der Schwarzmeerflotte ein Kantonalratsmandat in Bordeaux.

Es lebe die Sittlichkeit!

Von Karl Fischer.

Neun Uhr vormittags in der Tavenhienstraße. Um diese Zeit ist es in der so vornehmen Straße noch still, und das Leben und die Beweglichkeit beginnt erst ganz allmählich und langsam.

Die Geschäfte haben zum Teil noch geschlossen, oder man ist dabei, zu säubern und sich auf das Kommen der Käufer vorzubereiten.

In einem Geschäft wählte, als ich vorbeikom, ein blutjunges Ding von Ladenmädchen Staub im Schaufenster, und sie war gerade damit beschäftigt, eine porzellanene Puppe, die zur Dekoration diente, zu reinigen. Dabei glitt ihre Hand von dem glatten und unbefleckten Körper ab und rutschte hinunter über das fette Büschlein der Puppe bis zum Nabel.

Da erschraf das kleine Bodenmädchen, hohe Röte schob ihr in das Gesicht und sie schob die Puppe hastig beiseite.

Das hatte die Verkäuferin gesehen, die älter war und erfahrener und sie lachte laut auf, ließ die den porzellanenen Leib der Figur und fuhr mit dem Finger hinunter und hinein in den Nabel, weil sie gewiß den Staub aus dem kleinen Loch wischen wollte.

Neben mir stand ein Herr vor dem Schaufenster, der sagte, als er die Szene sah laut und scharf: „So eine Schweinerei!“ Ich aber erschraf, weil ich nicht wußte, was ihm für Gedanken bei der harmlosen Szene gekommen waren.

An einem der nächsten Schaufenster blieb ich abermals stehen. Hier lagen hinter dem geschlossenen Glas die feinsten und teuersten Kostbarkeiten: goldene Uhren, Ringe, Armbänder, Brillanten und andere Edelsteine.

Da ich lange schon die Absicht habe, mir eine goldene Uhr mit recht großen Brillanten auf dem Sprungbeutel zu kaufen, mußerte ich die Auflage sehr genau, um meine Wahl zu treffen.

Auch in diesem Geschäft säuberte man das Schaufenster.

Eine hübsche Verkäuferin, die eine weiße, tief ausgefärbte Bluse trug, bückte sich weit in das Schaufenster hinunter, um bis zu den ausgestellten Gegenständen in der ersten Reihe zu reichen.

Sie war sehr zart diese Verkäuferin und hatte einen zierlichen Körper.

Plötzlich stand der Herr vor mir und ich bemerkte, wie er umwandte, mit einer wahren Andacht, in den Blüsenauschnitt der sich tief neigenden Verkäuferin schaute.

Wie fiel ein, wenn ich jetzt: „So eine Schweinerei!“ schimpfte! Über das tat ich nicht, sondern sagte so ganz lässlich und belächelnd: „Es lebe die Sittlichkeit!“

Da sah mir der Herr mit grümmender Gebärde ins Gesicht, konnte noch einmal die Bluse, wie das nur Sachverständige tun können, in den Blüsenauschnitt und ging, gewiß, um — nach neuen Sittlichkeiten zu suchen!

Kropotkin und der Bolschewismus.

Die bekannte russische Schriftstellerin E. Kusowa teilt in der Berliner Zeitung „Dni“ einige bisher unbekanntes Tatsachen über die Stellung des großen anarchistischen Theoretikers Peter Kropotkin zum Bolschewismus mit. Sie berichtet, daß er aus seinem Wohnsitz in Moskau nach Westasien gekommen war, um die Hinrichtung einer Anzahl von Personen durch die Tscheka zu verhindern. In einer vertraulichen Besprechung mit einigen Personen sagte er:

„Ich habe alles getan, um diese Leute zu retten. Ich habe an Lenin geschrieben und ihn gebeten, mich zu empfangen. Ich werde auch weiterhin alles tun. Aber in ihrem Verstand sind die Menschen blind. Sie sehen nicht die eigenen Fehler, die für sie verhängnisvoll sind. Diese Fehler sind nur dann möglich, wenn die Nation krank, sehr krank ist. Der Krieg hat uns verstimmt. Das Volk kann noch immer nicht die blutigen Gespenster vertreiben. Es glaubt sie mit neuem Blut beseitigen zu können. Glauben Sie denn etwa, daß es in London, in England, anders wäre, wenn man dort nicht rechtzeitig dem Bürgerkrieg Einhalt geboten und ihn in die strengen Rahmen der Staatsgesetzgebung gefaßt hätte? Dort wäre genau daselbe vor sich gegangen... Die dunklen menschlichen Instinkte darf man nicht straffen entzweien. Das Verbrechen der Bolschewisten besteht eben darin, daß sie in der ganzen Welt eine Feuersbrunst entzündeten, die Leidenschaften entfesselte, aber keineswegs die Revolution organisieren können.“

„Glauben Sie denn, daß man eine elementare Bewegung organisieren kann?“

„Man muß das können. Zu diesem Zweck habe ich Sie eingeladen. Folgendes ist notwendig: Es müssen 6 oder 7 zuverlässige, kluge Leute gewählt werden, die ausgehend aus der Novemberrevolution, und nicht unter ihrer Ablehnung, eine Verfassung ausarbeiten sollen. Denken Sie an Amerika. In einem bestimmten Stadium des Bürgerkrieges mußte Halt gemacht werden. Die Augen des Landes arbeiteten nicht mehr. Die wirtschaftlichen Nöte ersticken es. Es fanden sich Leute, die eine Verfassung ausarbeiteten und zum Frieden, zum Wohlstand aufriefen. Unter diesen Leuten befand sich der leidenschaftlichste, der higheste — Lincoln...“

„Glauben Sie denn, daß die Bolschewisten jemals fähig sein würden, Frieden zu schließen? Mit ihrem eigenen Lande?“

„Wenn sie dazu nicht fähig sein sollten, wird die Geschichte sie grausam vom Erdboden verschwinden lassen. Ich habe ihnen das stets gesagt. Lenin ist grausam, aber schlau. Er wird die letzte Stunde erkennen und berücksichtigen. Und darum müssen wir, die wir das Unvermeidliche leben, gerüstet sein. Es muß unverzüglich eine Verfassung ausgearbeitet werden als Grundlage einer neuen verfassungsmäßigen Staatlichkeit. Verstehen Sie mich? Keine konstituierende Versammlung, sie wäre zwecklos ohne vorherige Verfassung und Organisation der aktiven Kräfte, sondern ausdrücklich eine Verfassung, die eine Antwort darauf gibt, wie der neue Staat leben und sich vor den rauhgerissenen Raben schützen soll.“

„Wir hörten — fährt Frau Kusowa fort — voll Staunen die Rede dieses Anarchisten, der so leidenschaftlich die bestimmten Rahmen einer Staatsgesetzgebung verteidigte. Wir kamen noch einige Male mit ihm zusammen und stets wiederholte er denselben Gedanken...“

Franz Bolke, einer der besten Dirigenten des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, ist am 7. Juni, 56 Jahre alt, gestorben. Ehemals Volksschullehrer, bildete er sich zunächst autodidaktisch musikalisch weiter. Dann studierte er bei Hugo Raun und Ferdinand Hummel. Seit länger als zwanzig Jahren diente er dem Deutschen Arbeiter-Sängerbund als Chorleiter und musikalischer Beirat. Er ließ sich die Pflege des Tendenzchors besonders angelegen sein und brachte, wie wohl keiner sonst, Wärmende Chöre zu mächtiger Wirkung. Zuletzt leitete er den Friedrich-Hegar-Chor. Er wirkte auch selbst als Komponist, schrieb die im Verlage des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes erschienene „Chorführerschule“ und war reger Mitarbeiter der „Deutschen Arbeiter-Sängerverzeitung“. Trotz seiner erfolgreichen Tätigkeit im Dienste proletarischer Kunst fristete er ein materielles kümmerliches Dasein. Er starb arm im Krankenhaus Moabit; aber in der Geschichte der deutschen Arbeiter-Sängerbewegung bleibt sein Name rühmlich erhalten. Die Beerdigung erfolgt morgen (Donnerstag) abends 7 Uhr in der Gerichtstraße.

Ein Anflug. Seit einiger Zeit hat sich bei einigen Berliner Kabarettisten der Gebrauch eingebürgert, zugleich mit den Presse-einladungen „Bons“ zu versenden, die zur „Entnahme von Speisen und Getränken“ bis zu einem bestimmten Betrage berechtigen.

Die Pressevertreter besuchen nicht zu ihrem Vergnügen oder zur Erholung diese Veranstaltungen, sondern in ihrer beruflichen Eigenschaft als Berichterstatter und Kritiker. Sie dürfen verlangen, daß man sie nicht zwingt, dort Speisen oder Getränke zu genießen, und sie müssen das Trinkgeld, das ihnen die Unternehmer der Veranstaltungen ausdrücken wollen, als eine unwürdige Zumutung zurückweisen.

„Hooligan“. Die gestrige „B.Z.“ gibt unter dem Titel „Fische als Elektrizitätsstreikbrecher“ einen ausführlichen, sehr sachkundig aussehenden Bericht über einen in der Nähe von Moskau vorkommenden Fisch, den „Hooligan“. Dieser Fisch soll früher von den Eingeborenen als Beleuchtungsmittel benutzt worden sein, indem man ihn aufrecht, Kopf unten, Schwanz oben, an einem Leuchter befestigte und anzündete. Seit Einführung der elektrischen Beleuchtung sei aber diese Fischbeleuchtung immer mehr abgekommen, und man bediene sich ihrer heute nur noch bei Streiks. „Sobald irgendwo ein Streik der Elektrizitätsarbeiter einsetzt, senden die Fischhändler dieser Rasse sofort ganze Bogenladungen von Hooligans nach den Städten, wo man daraus sofort Kerzen herstellt. Dieser Beleuchtungserfah trägt stets zur raschen Beendigung des Streiks bei.“

Die Gelehrten der „B.Z.“ sind die Opfer eines Scherzholzes geworden. „Hooligan“ ist in Amerika die allgemeine Bezeichnung für — „Streikbrecher“. — Es mag schon stimmen, daß dieser „Beleuchtungserfah“ mandala zur raschen Beendigung von Streiks beiträgt; nur handelt es sich dann nicht um leuchtende Fische, sondern um dumme Ehrenmänner.

Die Galerie Pus & Co., unter den Linden 21, eröffnet ihre Kunst-Sommerausstellung am 15. vormittags 10 Uhr. Die Ausstellung wird enthalten: Sonderausstellungen von Fremuth, Grok, Heller, Domberger, Kolbe, Luchner, Pechstein, Rarcker, Schagel, Kunz, van Gogh und eine Serie Franzosen des 19. Jahrhunderts.

Der oberschlesische Streik flaut ab.

Breslau, 13. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Nachrichten bürgerlicher Blätter, wonach die Gewerkschaftsführer in Oberschlesien vor der Wut der Massen geflohen seien, sind unwahr. Die wilde Bezirksstreikleitung, die im Gewerkschaftshaus in Hindenburg sitzt, hat dort einige Räume mit Bewilligung der Gewerkschaften eingenommen, damit die größte Unordnung vermieden wird. Da mit dieser wilden Streikleitung aber weder die staatlichen Stellen noch die Arbeitgeber zu irgendeiner Verständigung bereit sind, wendet sich die Hoffnung der Streikenden bereits wieder im stärkeren Maße der Tüchtigkeit der Gewerkschaften zu, die mit den Arbeitgebern zu einer vorläufigen Einigung über die Lohnfrage gekommen sind. Im Beuthener Revier hält der Streik noch ziemlich kräftig an, während er im Hindenburg Revier bereits abflaut. So streiken z. B. auf den Delbrück-Schächten nur noch 15 Proz., auf der Luisengrube-Westfeld 48 Proz., auf der Abwehrgruppe 45 Proz., auf der Gleiwitzer Grube 59 Proz., während auf anderen Gruben und Hüttenwerken die Streikenden auch heute noch teilweise über 90 Proz. im Streik stehen, z. B. auf der Hohenzollerngrube, der Preußengrube und der Thüringer Grube. Aber auch dort beginnt der Streik abzuflauen. So streiken auf der Ludwigsgrube nur noch 66 Proz. Angehts dieser Tatsachen, eine Folge der neuen Lohnsätze, hat die wilde Streikleitung für heute eine Konferenz einberufen. Man nimmt an, daß sie, die Ausichtslosigkeit des Streiks einsehend, abblasen wird.

Der Landarbeiterstreik dehnt sich weiter aus und erfährt jetzt auch bereits vielfach die Mitglieder des gelben Zentralverbandes der Landarbeiter.

Der Druck im Ruhrgebiet.

Dortmund, 12. Juni. (L.L.) Auf Grund der Verordnung 31 über die Beschlagnahme von Kohlentransporten, werden nicht nur Kohlentransporte, sondern auch Transporte von Deputatlohn beschlagnahmt. Dadurch ist in sehr vielen Familien großer Mangel an Brennstoffen zum Kochen eingetreten. In Hattingen ist die Not besonders groß, da das häusliche Gaswerk infolge Mangels an Brennmaterial mit dem 2. Juni stillgelegt worden ist. Die Straßen und Wohnungen sind ohne Licht. In Witten wurde der Kriminalassistent Fintensiep wegen unbefugten Waffentragens verhaftet.

Verstärkter Belagerungszustand in Höchst.

Höchst a. Main, 13. Juni. (L.L.) Infolge Weigerung der Stadt Höchst a. Main, die offenen Bahnübergänge bewachen zu lassen, und für das Herabfallen der Schranken auf den militarisierten Straßen Sorge zu tragen, ist von hiesigen Kreisdelegierten über die gesamte Gemeinde Höchst der verstärkte Belagerungszustand verhängt worden. Dem Bürgermeister ist angedroht worden, daß er vor ein Kriegsgericht gestellt werde. Seitens der Stadtverwaltung sind zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung besondere Maßnahmen getroffen worden, die Geschäftsinhaber wurden aufgefordert, in diesen Tagen keinerlei Preisserhöhungen vorzunehmen. Außerdem ist eine Rationierung der Abgabe von Lebensmitteln erfolgt.

Der Umsturz in Bulgarien.

Frankfurt a. M., 13. Juni. (Mit.) Von bulgarischer Seite geht der „Frankf. Zig.“ eine längere, gestern vormittag aus Sofia abgegangene Darstellung über die Umstände zu, unter denen sich der politische Umsturz in Bulgarien vollzogen hat. Es heißt darin u. a.: Um ein Blutergießen zu vermeiden und die Rückkehr der alten Regierung zu verhindern, hat die neue Regierung beschlossen, die Minister und Mitglieder der bisherigen Regierungsmehrheit in Haft setzen zu lassen. Beinahe alle Abgeordneten und Exminister befinden sich bereits in Schutzhaft. Stambuliski, der sich in Stawowiza befand, hatte sich nach der Stadt Pasardschik geflüchtet, wo er von der Armee umzingelt wird. Man erwartet jeden Augenblick seine Gefangennahme. Ueberall haben die Parteigänger der früheren Regierung sich ohne Widerstand ergeben. Nur in Sofia entstand ein Zusammenstoß zwischen Gendarmen und Soldaten, der vier Gendarmen und einem Soldaten das Leben kostete. In der Provinz verhafteten einige Parteigänger Stambuliskis, die öffentliche Ruhe zu stören, sie wurden jedoch verhaftet.

Friedenskongress und Ruhrfrage.

London, 13. Juni. (W.B.) Auf der in der Londoner Guildhall gestern abgehaltenen Jahresversammlung der internationalen Friedensgesellschaft bildete die Ruhrfrage das Haupterörterungsthema. Es wurde nachdrücklich für die Schaffung eines internationalen Tribunals zur Regelung der Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland eingetreten. Lord Balfour nannte die Ruhrfrage eine Weltfrage. Der Arbeiterführer Henderson erklärte, wenn die Reparationsfrage nicht durch Verhandlungen gelöst werden könne, so müsse sie durch ein Schiedsgericht geregelt werden. Henderson gab der Hoffnung Ausdruck, daß das neue Angebot Deutschlands die britische Regierung überzeugen werde, sich keinen Forderungen anzuschließen, die die volle Kapitulation Deutschlands vor der Einleitung von Verhandlungen verlangten. Wenn Frankreich oder irgendein anderes Land unmögliche Bedingungen unterbreite, bevor die deutschen Vorschläge von den verbündeten Regierungen gemeinsam geprüft worden seien, so bedeute das die Schaffung einer Lage in Deutschland, die die verhängnisvollsten politischen und wirtschaftlichen Folgen haben könne. Henderson fuhr fort, die sogenannten Friedensverträge hätten zum Kriege geführt; die interalliierten Schulden hätten die finanzielle und wirtschaftliche Verwirrung nur noch vermehrt.

Devisenkurse.

	13. Juni		12. Juni	
	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Silber) Kurs	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Silber) Kurs
1 holländischer Gulden	88553.	88747.	82718.	82862.
1 argentinische Papier-Peso	84633.	84887.	29326.50	29473.50
1 belgischer Franc	5408.	5484.	4678.	4697.
1 norwegische Krone	16259.	16341.	18065.	14035.
1 dänische Krone	17808.50	17898.50	14768.	14837.
1 schwedische Krone	26084.50	26185.50	22244.	22356.
1 finnische Mark	—	—	2349.	2361.
1 japanischer Yen	47880.	48120.	40897.50	41103.50
1 italienische Lire	4518.50	4536.50	8925.	8945.
1 spanischer Escudo	453862.	456138.	384087.	385003.
1 Dollar	98503.	98677.	84030.	84461.
1 französischer Franc	6244.	6276.	5416.	5444.
1 brasilianischer Milreis	9875.	9955.	8578.50	8621.50
1 Schweizer Franc	17606.50	17694.50	15122.	15198.
1 spanische Peseta	14648.	14717.	12688.	12782.
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	122.09	128.91
1 schwedische Krone	2937.50	2952.50	2559.50	2568.50
1 ungarische Krone	—	—	11.07	12.03
1 bulgarische Lema	—	—	972.50	977.50
1 jugoslawischer Dinar	—	—	972.50	977.50

Leere Sockel.

In der wilhelminischen Zeit ging ein Denkmalsfieber über ganz Deutschland nieder, den Einsichtige stets eine Denkmalsfucht genannt haben. Es war schon so, wie man es damals in einem Couplet zu hören bekam. Ueberall in Deutschland fand man hier ein Püppchen, da ein Püppchen, lauter kleine Marmorgrüppchen. Man erinnert sich noch mit Schrecken, wie das gemacht wurde. Jede Stadt, ja fast jedes Dorf mußte sein Kaiser-Wilhelm-Denkmal haben. Die diversen Bildhauer hatten dafür ein Schema, und davon wurden immer wieder neue Abgüsse gemacht. Immer wieder war es derselbe alte Wilhelm, hoch zu Ross, na und so. Heute flaut dieser Segen allmählich ab, aber auch nur ganz langsam und ganz allmählich, und hier und da erblickt man leere Sockel, von denen diese Kunstwerke von Denkmälern heruntergenommen sind. So kann man solche leeren Sockel in Schmargendorf sehen und in einer Reihe anderer Vororte auch. Inzwischen man darf sich über diese leeren Sockel nicht zu früh freuen und muß sich vor falscher Deutung dieser Denkmalsentfernung hüten. In den meisten Fällen nämlich hat man das Denkmal nicht darum vom Sockel genommen, weil es ein Erinnerungszeichen an die Monarchie ist oder weil das miserable Nachwerk das Kunstempfinden stört. Ach nein! In vielen Fällen war es nur Sorge um das Denkmal. Man fürchtet, daß die Bronze gestohlen werden könnte, darum nahm man sie vom Sockel und stellte sie an einen sicheren Ort auf. Zur Einschmelzung aber und um auf diese Weise der mageren Gemeindekasse neue Mittel zuzuführen, kann man sich nicht entschließen, weil, nun weil gewisse Leute halt immer noch hoffen, daß „Er“ einst wiederkommen würde und mit ihm alle Denkmäler und aller anderer Klimbim.

Im Zusammenhang damit sei noch eines leeren Sockels in der Kolonie Brunenwald Erwähnung getan. Selbstam genug aus dem Grunde, weil man ihn vor ein paar Wochen auf die Rasenfläche des Johannaplatzes gesetzt hat. Seit Wochen steht er da und man wartet, was auf dem Sockel aus grauem Granit gesetzt werden soll. Entweder weiß man noch nicht, zu welchem Denkmal man sich entschließen soll oder man schämt sich. . . .

Der Prozeß Köhn.

Zank um die Sachverständigen.

Die heutige Sitzung begann mit sehr heftigen Auseinandersetzungen, die sich um die Frage der Ablehnung der Sachverständigen drehte. Dem Gericht liegt nunmehr das Schreiben vor, daß der Sachverständige Rahen an den Konkursverwalter Schubert gerichtet hat. Darin wird mitgeteilt, daß Rahen erst durch den Staatsanwalt erfahren habe, daß der Konkursverwalter Hinrichsen von der Verteidigung als Gegenständlicher zugezogen worden sei. Er wundere sich darüber, daß Hinrichsen sich dazu bereit gefunden habe, und empfehle Schubert nunmehr, seine Berichte und Korrespondenzen genau durchzusehen, denn Hinrichsen sei ein schlafgänger Debatter. Rechtsanwalt Dr. Binder fragte den Sachverständigen nach dem Zweck dieses Briefes, dessen Inhalt dem Angeklagten feindlich und für die Staatsanwaltschaft fördernd sei. Es widerspreche jedem objektiven Gutachten, wenn sich der Sachverständige in vertraulichem Schreiben mit der Staatsanwaltschaft in Verbindung setze. Konkursverwalter Schubert erklärt dazu, daß in diesem Prozeß über den Konkursverwalter die Befehle der Regreßansprüche mehr als in einem anderen Verfahren schweben. Deshalb bestanden vom Standpunkt des Konkursverwalters auch schwere Bedenken, daß der Konkursverwalter als Sachverständiger zugezogen würde. Es entspinnt sich dann zwischen Sachverständigen und Verteidigern eine ziemlich rege Auseinandersetzung. Der Angeklagte Köhn wendet sich auch sehr scharf gegen den Konkursverwalter und macht ihm Unmäßigkeit zum Vorwurf. Durch den Konkurs und seine 22monatige Haft sei das Geld der Einzugsler verkleinert worden, und er solle jetzt ungerecht bestraft werden. Nach längerer Beratung verkündete Landgerichtsdirektor Siegert, daß die Ablehnung des Sachverständigen Rahen als unbegründet zurückgewiesen würde, da es gerichtsnotwendig sei, daß Rahen ein alter, erfahrener und objektiver Sachverständiger sei. Die Ablehnung des Konkursverwalters Schubert wegen Befangenheit erklärt das Gericht dagegen für begründet. Schubert verließ daraufhin den Gerichtssaal. Hierauf wurde die unterbrochene Vernehmung des Angeklagten Köhn zu den einzelnen Punkten der Anklage fortgesetzt.

Vorsicht vor Methylalkohol.

Neue Todesfälle.

Nachdem vor einigen Monaten im Hamburger Hafen zahlreiche Verladearbeiter, die trotz Belehrung und Warnung aus legerwordenen Fässern Methylalkohol getrunken hatten, schwer erkrankten und 10 von ihnen den Trunk mit dem Tode büßen mußten, sind vor kurzem in Glogau fünf und in Berlin-Grünwald drei Arbeiter gestorben, die in Tanteuwagen verbliebene Reste Methylalkohol nach Verdünnung mit Wasser getrunken hatten. Durch chemische Untersuchung konnte nachgewiesen werden, daß der Methylalkohol so gut wie chemisch rein war, seine Giftigkeit also nicht auf irgendwelche chemische Verunreinigungen zurückzuführen ist. Ausschalten läßt sich der Methylalkohol aus Industrie und Handel nicht, da er in der chemischen Industrie und in manchen Gewerben unentbehrlich ist. Bei dem übrigen handieren mit ihm — wenn er nicht genossen wird — kann er auch als unschädlich bezeichnet werden. Wenn vielleicht auch der Name Methylalkohol Anlaß zu der unheilvollen Annahme geben kann, dieser Stoff sei ebenso trinkbar wie der gewöhnliche Alkohol, so sind es vor allem doch seine alkoholähnliche Geruch und Geschmack, die zum Genuß verführen. Umso eindringlicher muß immer wieder auf die hohe und besondere Giftigkeit des Methylalkohols hingewiesen werden, die sich beim Genuß unmittelbar nicht zu erkennen gibt, aber größtes Unheil, Erbblindung, Tod zur Folge hat. Wer die Giftigkeit des Methylalkohols in Abrede stellt, handelt scharflosig und ist sich nicht bewußt, daß er sich mitschuldig macht, wenn Volksgenossen infolge des Genusses dieses Stoffes schwer erkranken und erblinden oder wenn gar wertvolle Menschenleben dadurch vernichtet werden.

Rotkoller in der Grünauer Straße.

Ein unerhörter Vorgang spielte sich am Dienstag nachmittag vor dem Hause Grünauer Str. 19 ab. Im genannten Hause hat ein Seifenhändler einen Laden gemietet, den bisher ein Uhrmacher innehatte. Der neue Ladeninhaber ließ den Umfang des Schauensiers mit einem roten Anstrich versehen, auf dem ein weißer Aufschrift angebracht werden sollte. Aber der damit beauftragte Maler hatte „die Rechnung ohne den Wirt gemacht“ und vielmehr ohne dessen Bruder, der das Nebenhaus, Grünauer Str. 20, besitzt. Geheimer, ein Buchdruckereibesitzer Ernst Lichtenfeld, verbot dem Maler, den roten Anstrich anzubringen. Als der Maler erwiderte, er müsse die ihm vom Ladeninhaber übertragenen Arbeit ausführen, der Wirt, hjm. der Pseudowirt, möge sich an diesen wenden, verlor Lichtenfeld, die Leiter, auf der der Maler stand, umzufürzen, und fiel, als der Maler herabfiel, über ihn her, warf ihn zu Boden und bearbeitete ihn mit einem Schlagring am Kopf und im Gesicht. Der Maler, ein zart gebauter, junger Mann, vermachte sich des Anstreifers nicht zu erwehren. Erst hinzukommende Passanten befreiten ihn aus der Lebensgefahr, in der er schwebte, und gingen gegen den Randalier vor, worauf dieser in des ihm gehörende Nebenhaus flüchtete und gegen seine Verfolger einen Revolver zog. Ein vorbeikomender Polizist schloß ihn vor dem Gehtürwerden. In dem entstandenen Durcheinander gelang es Lichtenfeld,

im Innern des Hauses zu verschwinden. Keiner der von dem Polizisten und einem Kameraden befragten Mieter wollte dem Randalier ausgenommen haben. Der schwerverletzte Maler mußte zu einem Arzt geführt werden, der ihn verband, eine Nervenerstückerung feststellte und ihm verbot, des weiteren die Leiter zu besteigen. Hoffentlich werden von der in Kenntnis gesetzten Kriminalpolizei die notwendigen Schritte getan, um den Unhold unschädlich zu machen, der ebenso wie sein Bruder, Martin Lichtenfeld, der eigentliche Wirt des in Betracht kommenden Hauses, den Mietern keineswegs freundlich gegenübersteht und sie auch schon als Kommunisten bezeichnet hat. Ein Strafantrag wird von dem Verletzten gestellt werden.

„Wiedersehen“.

Aufklärung eines unglaublich rohen Ueberfalles.

Wegen eines Raubüberfalles, wie er auch im heutigen Berlin noch nicht zu den Alltätigkeiten gehört, wurde ein Hotelbediener Paul Hennig von der Kriminalpolizei festgenommen. Am Mittwoch voriger Woche, abends um 7 1/2 Uhr, kam eine Verkäuferin aus der Delfauer Straße nach Geschäftsbeschluss abnunglos nach Hause. Raum hatte sie ihr bereits im Halbdunkel liegendes Zimmer betreten, da erhielt sie mit einem harten Gegenstand so mächtige Schläge auf den Kopf und ins Gesicht, daß sie stark blutend zusammenbrach. Während sie am Fußboden lag, erhielt sie weitere Schläge, bis sie die Besinnung verlor. Als sie wieder zu sich kam, lag sie unter dem Bett. Sie kroch darunter hervor und erhob sich. Der Mann war noch im Zimmer und sie erkannte jetzt in ihm den Hotelbediener Paul Hennig, der erst kurz vorher als Untermieter bei derselben Wirtin eingezogen war, von der sie ihr Zimmer abgemietet hatte. Als Hennig sich erkannt sah, drohte er ihr, sie auf der Stelle zu erschlagen, wenn sie sich unterstehe, um Hilfe zu rufen. Endlich nahm er der Ueberfallenen das Berisprechen ab, ihn nicht anzuzeigen. Sollte sie es dennoch tun, so werde er sie nach Verbüßung seiner Strafe kalt machen. Dann verlangte er noch, daß sie ihm, damit nichts auffalle, zum Abschied laut ein Wiedersehen wünsche. Unter diesem Abschied ging er mit einer reichen Beute aller Schmuck- und Wertgegenstände der Verkäuferin davon. Die Verkäuferin war so übel zugerichtet worden, daß sie sich sofort in ärztlicher Behandlung geben mußte. Den Beamten des Raubbezirks der Kriminalpolizei gelang es gestern, den Räuber zu ermitteln und festzunehmen. Er räumte auch den Ueberfall und den Raub ein. Die Beute hat er, wie er sagt, zum größten Teil bereits verkauft. Mitteilungen über den Verbleib an Kriminalkommissar Werneburg im Polizeipräsidium.

Lehrerkollegium und Elternbeirat.

Im Januar mußten wir aus einer Zuschrift des Elternbeirats der Berliner 235. Gemeindeschule (Pflaumer Straße) mitteilen, daß zwischen ihm und einem Teil des Lehrerkollegiums sich ein behauerlicher Gegenstand herausgebildet hatte, der im Interesse der Schule schleunigste Abhilfe forderte. Jetzt kann der Elternbeirat uns melden, daß endlich der Friede wiederhergestellt ist, und auch das Lehrerkollegium legt Wert darauf, im „Vorwärts“ die Sühnung des Streites bekanntzugeben zu sehen. Das Schreiben des Elternbeirats lautet:

Nachdem durch den Artikel in Nr. 32 des „Vorwärts“ über die Verhältnisse in der 235. Gemeindeschule unser Ziel, mit der Lehrerschaft wieder zu gemeinsamer Arbeit zu kommen, erreicht wurde, wünscht das Lehrerkollegium, diese Erklärung, der der Elternbeirat zugestimmt hat, im „Vorwärts“ zu veröffentlichen:

Nach einer in gemeinsamer Sitzung und nach aufklärender Arbeit erfolgten Aussprache zwischen dem Lehrerkollegium und Elternbeirat der 235. Gemeindeschule sind die zwischen beiden Körperschaften schwebenden Differenzen zur beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt. Bezüglich der Zuständigkeit des Elternbeirats bei Beschwerden seitens der Elternschaft stehen Rektor sowohl wie Lehrerkollegium auf dem Boden der behördlichen Bestimmungen. Dadurch ist der Artikel des „Vorwärts“ Nr. 32 erledigt.

Wir erfüllen gern den Wunsch, diese Erklärung zu veröffentlichen. Die Zuschrift, die in einer Schlussbemerkung dem „Vorwärts“ Dank sagt, macht den Eindruck, daß bei beide Parteien über die Wiederherstellung des Friedens erfreut sind. Auch wir sind es.

Böswillige Feuerwehralarmierungen.

In der letzten Nacht wurde die Berliner Feuerwehr ohne Ursache nach der Lurmsstraße 32 gerufen. Alles Suchen nach dem Täter war vergeblich. Bisher war die Wehr nach der Hamburger Str. 7 in Spandau alarmiert worden. Die ständigen Alarmierungen der Wehr sind ein großer Unfug, der eine arg: Belästigung der Wehr darstellt, die oft stundenlang nachts durch Alarm in Atem gehalten wird. Die Feuerwehr wird dadurch ihrer eigentlichen Tätigkeit entzogen und es entsteht in der Allgemeinheit bedeutende Kosten. Pflicht eines jeden Bürgers ist es daher, auf diese böswilligen Unfugstifter ein besonderes Augenmerk zu richten. Wer einen Täter zur Anzeige bringt, erhält eine angemessene Belohnung.

Das Stadtbad Friedrichshagen an der Schillingsbrücke ist jetzt täglich von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends geöffnet. Kassen-schluss 7 1/2 Uhr.

Die Jungsozialistische Vereinigung (Groß-Berlin) schreibt uns: „Anlässlich verschiedener Vorfällen in der Tages- und Zeitschriftenpresse sieht sich die Jungsozialistische Vereinigung veranlaßt, zu erklären, daß Arthur Zister weder ihre Mitgliedschaft besitzt noch besitzen hat und daß die von ihm in den letzten Monaten in der Deutschen Freiheit eingenommene Haltung in keiner Weise mit der ihrer Mitglieder übereinstimmt, sondern von diesen völlig abgelehnt wird.“

Die Dänische Kinderhilfe. Das unter Leitung unseres Genossen F. B. Nielsen stehende dänische Hilfskomitee hat als erstes Ergebnis seiner Tätigkeit je einen Waggon Lebertran und Bekleidungsgegenstände nach Deutschland gesandt. Die Liebesgaben sind dem Freischaaf Schiffsamt zugesandt und gelangen in Dresden, Leipzig und Chemnitz an bedürftige und frange Kinder zur Verteilung. — Die dänische Regierung hat Mittel bereitgestellt, die gestatten, 150 taubstummen deutschen Kindern während dieses Sommers unentgeltlichen Aufenthalt in dänischen Anstalten zu gewähren.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Rührt und veränderlich, überwiegend bewölkt, mit wiederholten Regenschauern und kühlen westlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 13. Juni:

18. Abt. Jubiläum in den bekannten Lokalen
19. Abt. Jubiläum in folgenden Lokalen: Brück 128, 135 und 136 Schule Diefenbachstr. 51, Westl 137 und 138 Schule Bräuerstr. 83
20. Abt. Glogau. Jubiläum an den bekannten Straßen. Die Parteiführer werden ersucht, die Mitteilungsblätter vom Amt Rife, Schulhornstr. 5, abzuholen.
21. Abt. Kankow. Die Mitgliederversammlung findet nicht in der Gemeindeschule 11, sondern im Besetzungsaal des Realgymnasiums Raulbachstr. statt.

Morgen, Donnerstag, den 14. Juni:

121. Abt. Karlsruher. Mittwoch 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Gürtenbad. Thema: Bericht von Internationalen Kongress. Referent: Genosse A. Bremer.
Jungsozialisten. Gruppe Raulbachstr. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Rogätzstr. 53. Die-Insulanabend. Das Wirtschaftsparlament.
49. Abt. Schwereitzengruppe. Die Versammlung ist auf drei über 5 Tage verschoben.

